

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 13. Mai 2020

Mit Verantwortung durch die Krise, mit Vernunft aus der Krise: Grundsätze und Lösungsansätze der Freien Demokraten zur Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen

I. Grundsätze der Krisenbewältigung: Vernunft, Eigenverantwortung, demokratischer Diskurs

Die Bewältigung der Corona-Pandemie ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung von enormer Tragweite. Eine möglichst weitgehende Reduzierung der gesundheitlichen und insbesondere für Risikogruppen tödlichen Gefahren der Krankheit COVID-19 muss zentrales Anliegen für Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, das Gesundheitssystem und alle Bürgerinnen und Bürger sein.

Die notwendigen Anstrengungen zur Bewältigung dieser Krise von historischem Ausmaß gehen jedoch weit über die körperliche Gesundheit hinaus: Durch den „Lockdown“ sind Bürger- und Freiheitsrechte in erheblichem Ausmaß eingeschränkt worden. Bildungs- und Betreuungsangebote mussten reduziert und in Teilen vollständig eingestellt werden. Ohnehin von den Auswirkungen der Pandemie betroffene Eltern werden dadurch zusätzlich enorm belastet – nicht selten an der Grenze der Belastbarkeit. Kindern und Jugendlichen entgehen Bildungs- und Entwicklungschancen. Und in der größten Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stehen Millionen Arbeitnehmer und ihre Familien sowie unzählige Betriebe und die dahinterstehenden Menschen vor existentiellen Fragen. Innerdeutsche und -europäische Grenzen waren und sind teilweise noch immer geschlossen. Dazu kommen weitere negative Effekte wie der Anstieg häuslicher Gewalt oder gesundheitliche Auswirkungen auch jenseits einer Ansteckung mit dem Sars-CoV-2-Virus, beispielsweise durch ausbleibende Diagnostik oder die Absage geplanter Operationen.

Wir Freie Demokraten leisten vor diesem Hintergrund mit vollem Einsatz unseren Beitrag zur Bewältigung dieser Krise. Wir haben zu Beginn des Ausbruchs als eine der ersten Parteien ein drastisches Zurückfahren des öffentlichen Lebens vorgeschlagen. Ebenso haben wir im Deutschen Bundestag in großer Einigkeit ein Maßnahmenpakt zur Bekämpfung der Krise beschlossen. In drei Landesregierungen übernehmen wir tagtäglich konkrete Verantwortung in der Bewältigung in der Krise. Unsere Fraktionen im Bund und in den Ländern sowie zahlreiche Amts- und Mandatsträger in Kreisen und Kommunen wirken konstruktiv in der gesellschaftlichen Debatte und im politischen Handeln daran mit, diese historisch einmalige Situation zu bewältigen. Dazu gehört selbstverständlich auch das kritische Hinterfragen und die regelmäßige Überprüfung sämtlicher Maßnahmen und Strategien. Dabei lassen wir uns von folgenden Grundsätzen leiten:

- **Wir halten die Bürgerrechte und die individuelle Freiheit hoch.** Einschränkungen dieser Rechte müssen stets begründet, verhältnismäßig und verständlich sein. Aus dieser Haltung heraus verfolgen wir eine Strategie der intelligenten und regional differenzierten Öffnung und begrüßen, dass diese nun von der Bundesregierung und den Regierungschefs der Bundesländer übernommen wurde. Die parlamentarische Legitimation muss aber insbesondere mit Blick auf die Betroffenheit der Grundrechte gesteigert werden. Unverzichtbarer Teil dieser Strategie sind die permanente Weiterentwicklung von Hygienekonzepten, die Einhaltung entsprechender Hygieneregeln, der Einsatz modernster Technologien und die Expertise der Wissenschaft, die in Form eines breit angelegten Expertengremiums bei der Bundesregierung institutionalisiert werden sollte. Ebenfalls gehört zu einer solchen Strategie, dass in Regionen mit einem akuten Ausbruchsgeschehen unmittelbar, konsequent und unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit Maßnahmen des Infektionsschutzgesetzes angewendet werden müssen.
- **Freiheit braucht Verantwortung.** Die Eindämmung der Pandemie und die intelligente Öffnung sind ohne die eigenverantwortliche Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger nicht möglich. Das bedingt ein hohes Maß an Vertrauen in die getroffenen Maßnahmen, die Berücksichtigung sämtlicher Facetten der Krise – gesundheitliche, bürgerrechtliche, wirtschaftliche – und die nachvollziehbare Kommunikation der Entscheidungsträger. Als Freie Demokraten halten wir die Eigenverantwortung der Menschen hoch. Gleichzeitig appellieren wir an diese Eigenverantwortung und gehen mit gutem Beispiel voran.
- **Beste Lösungen gibt es nur durch offene Diskussion.** Das Hinterfragen von Kriterien, Regeln und Strategien ist wesentlicher Bestandteil demokratischer Prozesse. Das gilt auch für die Freien Demokraten als Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag. Wir nehmen damit teil am demokratischen Wettstreit um die besten Ideen, wie es unserem Selbstverständnis entspricht. Dieses Selbstverständnis bedingt gleichzeitig, dass wir obskuren Verschwörungstheoretikern und Demokratiefeinden aus dem linken oder rechten Spektrum keine Plattformen bieten und uns nicht mit ihnen gemein machen.

II. 4x4 Lösungsansätze im Rahmen einer intelligenten Öffnungs- und Zukunftsstrategie

Wir wissen: Es braucht Zeit, um die Normalität unseres Lebens wiederherzustellen. Und es braucht zielführende Maßnahmen, die schnell und wirkungsvoll ineinandergreifen. Dazu gehören aus Sicht der Freien Demokraten:

1) **Moderne Technologien und digitale Lösungen** zur Aufklärung und Unterbrechung von Infektionsketten und zur Minimierung von Ansteckungsrisiken, zur Stärkung des Gesundheitswesens sowie zur Modernisierung unseres Landes:

- Die schnellstmögliche Einführung einer freiwilligen, datenschutzfreundlichen und grundrechtsschützenden **Contact-Tracing-App**.
- Der Einstieg in die **elektronische Patientenakte** mit abgestuften Zugriffsrechten sowie eine zukunftsfähige **elektronische Gesundheitskarte**.
- Die gezielte **Förderung neuer Technologien wie Künstlicher Intelligenz sowie von Startups etwa im Medizin-, Gesundheits- und Pharmabereich** zur Krisenbekämpfung und langfristigen Stärkung des Zukunftsstandorts Deutschland.
- Eine **Offensive zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und des Bildungswesens**.

2) Maßnahmen zur **Modernisierung und Stärkung des Bildungswesens** sowie aufsetzend auf einer schrittweisen Ausweitung der Notbetreuung einen **Stufenplan zur Öffnung von Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen**. Dieser muss für Kinder und Schüler aus Risikogruppen oder mit chronischen Erkrankungen weiterhin eine adäquate virtuelle Beteiligung sicherstellen und insbesondere folgende Vorgaben berücksichtigen:

- Die Durchführung von **Schnelltests von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Kindern** in den jeweiligen Einrichtungen. Das gilt ebenso für Einrichtungen der **Altenpflege und -betreuung**, die zu Hotspots werden können.
- Einen **strukturellen und hygienischen Infektionsschutz** durch Kinderbetreuung in zeitlich versetzten festen Kleinstgruppen, Zugangsbeschränkungen von betriebsfremden Personen und die Sicherstellung der Rahmenhygienepläne etwa bei Kindern und Fachkräften.
- Die **Weiterentwicklung des Digitalpaktes** zur Stärkung des digitalen Unterrichtens und Lernens. Dazu gehört auch eine Entbürokratisierung und Vereinfachung der Antragsverfahren.
- Darüber hinausgehend verstärkte **gemeinsame Investitionen von Bund und Ländern** in die Ausstattung und Modernisierung unserer Schulen. Dabei muss auch die Teilhabe sozial benachteiligter Kinder am digitalen Lernen verbessert werden.

3) Zusätzliche **Maßnahmen zum Erhalt von Betrieben und Arbeitsplätzen** durch **weitere Sofortmaßnahmen und ein Zukunftsprogramm**, das insbesondere vorsieht:

- Eine **negative Gewinnsteuer als sofortige Liquiditätshilfe** vor allem für den Mittelstand und in einem zweiten Schritt eine **nicht rückzahlbare Steuerauszahlung** von 80 Prozent des Gewinneinbruchs im Jahr 2020 gegenüber 2019 als Maßnahme zur längerfristigen Sicherung der Solvenz für Selbständige, Freiberufler sowie Betriebe.
- Alle **öffentlichen Stellen** sollten die Verfahren zur **Begleichung offener Rechnungen**, die nicht offensichtlich unbegründet sind, beschleunigen. Ziel sollte sein, dass die Rechnungen als Krisenbeitrag bis zum 30. Juni 2020 vollständig bezahlt werden – im Zweifel unter Vorbehalt.
- Ein Entlastungsprogramm für die arbeitende Mitte mit einer **Reform der Einkommens- und Unternehmenssteuer** inklusive eines Programms für **wachstumsorientierte Abschreibungen**.
- Ein **Investitionsprogramm für die Bereiche Digitalisierung, Bildung und Infrastruktur**.

4) Die **Stärkung der Europäischen Union** als zentraler Akteur der Krisenbewältigung und die Wiederherstellung von Freiheitsrechten und Freizügigkeit in der EU:

- Infektionen und Grenzen haben nichts miteinander zu tun. Die **innereuropäischen Grenzen sollten schnellstmöglich wieder geöffnet** werden. Außerdem sollte die anlasslose **Quarantänpflicht von Rückkehrern aus dem Ausland beendet** werden.
- Für schnelle und unbürokratische Hilfe schlagen wir einen **EU-Solidarfonds für medizinische Nothilfe** vor.
- **Kein Mitgliedstaat darf in der Krise alleingelassen werden**. Für Mitgliedstaaten, die von der Pandemie besonders betroffen sind, muss die EU gegebenenfalls finanziellen Beistand gemäß Artikel 122 AEUV leisten. Wenn es in Folge der Krise zu stark steigenden Zinsen kommt und ohne entsprechende Hilfen auch die Stabilität des Euro-Währungsgebietes insgesamt gefährdet wäre, ist außerdem durch ein Programm des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) eine angemessene Finanzierung schnell und bedarfsgerecht sicherzustellen.
- Wir wollen den EU-Zivilschutz-Mechanismus stärken sowie ein echtes ziviles **EU-Krisenzentrum und einen europäischen Forschungsklinikverbund** aufbauen.